



Overath, 11.12.2023

Stadt Overath
Herrn Bürgermeister Nicodemus
Hauptstraße 25
51491 Overath

Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt Overath am 13.12.2023:

Ergänzungsantrag – Formulierung einer Resolution des Rates der Stadt Overath zum Thema "Resolution an das Land – Mehr Geld für die Kommunen"

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nicodemus,

Antrag:

die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bitten Sie, den nachstehenden Ergänzungsantrag zum Antrag der SPD-Fraktion „Formulierung einer Resolution des Rates der Stadt Overath zum Thema ‚Resolution an das Land – Mehr Geld für die Kommunen‘“, auf die Tagesordnung des Stadtrates am 13.12.2023 zu setzen und zur Abstimmung zu stellen:

Zusätzlich zum Resolutionstext im Antrag der SPD fordert der Rat der Stadt Overath die Bundesregierung und den Bundestag auf bei allen bestehenden und neuen Gesetzen, die einen Rechtsanspruch auf eine bestimmte Leistung für die Bürgerinnen und Bürger begründen, der durch die Kommunen und weiteren kommunalen Gebietskörperschaften zu erbringen ist, im Gegenzug eine vollumfängliche Finanzierung dauerhaft sicherzustellen.

Begründung:

Nicht nur auf Ebene des Landes, sondern auch auf der des Bundes werden Gesetze beschlossen, die finanzielle Auswirkungen auf die Kommunen haben, ohne dass eine auskömmliche Finanzierung dauerhaft sichergestellt ist. Hier muss dringend und zeitnah umgesteuert werden, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und den politischen Handlungsspielraum, in dem sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger politisch engagiert und informiert, zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Oliver Hahn
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

gez. Dagmar Keller-Bartel
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. Hermann Küsgen
Fraktionsvorsitzender
FDP Fraktion

Antrag in Einfacher Sprache:

CDU, Die Grünen und FDP bitten darum den Antrag der SPD „Resolution an das Land – Mehr Geld für die Kommunen“ zu ergänzen:

Die SPD hat einen Antrag gestellt: Das Land NRW macht Gesetze. Diese Gesetze müssen von den Städten umgesetzt werden. Das Land soll immer sicherstellen, dass die Städte genug Geld bekommen, um die neuen Aufgaben zu erledigen.

Da soll etwas ergänzt werden:

Die Bundesregierung beschließt auch solche Gesetze. Auch die Bundesregierung soll sicherstellen, dass die Städte genug Geld bekommen, um die neuen Aufgaben zu erledigen.

Begründung in Einfacher Sprache:

Auch vom Bund werden Gesetze gemacht, die die Städte und Gemeinden betreffen. Manchmal bekommen die Städte und Gemeinden nicht genug Geld, um diese Gesetze umzusetzen. Das muss schnell geändert werden. So können die Städte und Gemeinden besser selbst bestimmen, und Bürgerinnen und Bürger haben mehr Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen und informiert zu bleiben.